

BEWERBUNG FÜR DIE

BUNDESTAGSLISTE



Liebe Freundinnen und Freunde,

2021 haben wir die Chance, mit einem starken bündnisgrünen Wahlergebnis in Deutschland eine gerechtere, ökologischere und weltoffenerere Gesellschaft zu schaffen. Gleichzeitig wählen wir das Abgeordnetenhaus in unserer Hauptstadt Berlin, wo wir bereits seit 2016 Teil der Regierung sind und die Weichen gestellt haben, um die Stadt zu einer grüneren Metropole umzubauen. Beide Wahlen zusammen bieten die historische Chance, Bündnisgrüne zur stärksten Kraft und zu einem treibenden Motor des dringend nötigen progressiven Wandels unserer Gesellschaft zu machen.

Der kommende Bundestag wird der letzte sein, der entscheidende Weichen stellen kann, um die Klimakrise abzumildern. Diesem Ziel müssen wir uns in den kommenden Jahren in allen Parlamenten, auf der Landes-, Bundes- und Europaebene verschreiben – nur so haben auch kommende Generationen noch eine Zukunft.

Gegen Klimakrise und Kinderarmut

Die Klimakrise trifft uns alle. Aber dennoch sind wir nicht alle gleich betroffen. Die Menschen im globalen Süden, leiden stärker unter dem Klimawandel – obwohl sie im Schnitt weniger dazu beitragen. Es ist unsere Verantwortung, als reiches Industrieland mit gutem Beispiel voranzugehen und zu zeigen, dass der Kampf gegen den Klimawandel gelingen kann. Doch das reicht nicht: wir müssen auch unsere Position in der EU nutzen, um auf andere Länder Druck zu machen, den Kampf gegen den Klimawandel ernster zu nehmen. Doch im globalen Süden wie bei uns gilt: die Klimakrise trifft ärmere Menschen härter. Denn auch bei uns können die Menschen mit viel Geld sich vor den Auswirkungen der Klimakrise einfacher schützen. Es geht jedoch nicht darum, reichere gegen ärmere Menschen auszuspielen. Vielmehr muss es unser Anliegen sein, diejenigen, die mehr tragen können, auch in die Pflicht zu nehmen, dies zu tun. Konkret bedeutet das, dass wir in Deutschland endlich ein gerechtes Steuersystem einführen müssen, das geringere Einkommen entlastet. Eine sozial gerechte CO₂-Steuer ist dafür unerlässlich. Wenn die daraus erzielten Einnahmen direkt für Klimaschutz eingesetzt werden, kann sie ein relevantes Instrument im Kampf gegen die Klimakrise werden.

In Steuerfragen müssen wir darüber hinaus aber besonders Familien in den Blick nehmen. Es ist zutiefst ungerecht, dass Eltern, die verheiratet sind, steuerlich besser gestellt sind als unverheiratete oder alleinerziehende Eltern. Wir müssen deshalb endlich das Ehegattensplitting abschaffen und durch die Kindergrundsicherung ersetzen, die Kinder auch aus dem Hartz-IV-Bezug herauslösen und eigenständig absichern würde.

Die Arbeit gegen Armut in Familien war auch in den letzten Jahren einer meiner Schwerpunkte. Denn wer Chancengerechtigkeit will, kann nicht allein in der Bildungspolitik ansetzen bzw. muss Bildungspolitik viel größer als nur in Schulstrukturen denken. Deshalb ist es auch nicht allein ein Landesthema. Wer morgens ohne Frühstück in die Schule kommt, kann sich kaum auf den Unterricht konzentrieren, wie sollen da gleiche Startchancen gegeben sein? Und auch die Unterstützung zu Hause spielt eine relevante Rolle und wird nie durch eine noch so gute Ganztagschule ausgeglichen werden können. Frühzeitige Familienförderung, eine auskömmliche Finanzierung für Familien und Familienhilfe sowie frühe Förderung in einer guten Kita sind also für Chancengerechtigkeit mindestens genauso essentiell wie eine gute Bildungspolitik. In Berlin wächst mehr als jedes vierte Kind in Armut auf – diese Ungerechtigkeit müssen wir beenden!

Für Kinderrechte, Beteiligung und Gleichberechtigung

Der Kampf gegen Kinder- und Familienarmut ist auch deshalb so wichtig, weil es auch ein Kampf für die Demokratie ist. Kinder, die sich sorgen müssen, ob morgen noch etwas zu essen im Kühlschrank ist, interessie-

ren sich kaum für das Kinder- und Jugendparlament. Doch nur, wenn alle teilhaben können und wenn alle wissen, wie unsere Demokratie funktioniert, können wir sie sichern. Rechte Narrative sind Narrative von Ausgrenzung, von „wir gegen die anderen“ – unsere Politik hingegen ist inklusiv. Eine sichere finanzielle Grundlage, die allen Kindern und Familien Teilhabe ermöglicht, ist deshalb unerlässlich. Sich mitgenommen fühlen hat aber auch etwas damit zu tun, ob Menschen sich ernst genommen fühlen. Deshalb setze ich mich für mehr Beteiligungsmöglichkeiten und direkte Demokratie ein – sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene. Kinderrechte müssen ins Grundgesetz, damit das Recht von Kindern auf Beteiligung endlich einklagbar und umgesetzt wird. Und wir müssen endlich das Wahlalter absenken. Kinder und Jugendliche haben mit den Entscheidungen von heute und deren Auswirkungen viel länger zu leben. Sie haben mit Fridays for Future erneut unter Beweis gestellt, dass sie politisch denken und handeln und nicht zu jung sind, um Entscheidungen zu treffen. Ich will nicht hinnehmen, dass sie dennoch von Wahlen ausgeschlossen sind.

Wer gute Familienpolitik machen will, muss sie vom Kind aus denken und Kinderrechte als Dreh- und Angelpunkt aller Entscheidungen setzen. Deshalb ist nicht akzeptabel, dass manche Kinder aufgrund der Lebenssituation ihrer Eltern benachteiligt werden. Regenbogenfamilien müssen endlich dieselben Rechte bekommen wie andere Familien. Gerade die Coronakrise hat erneut gezeigt, dass viele Strukturen Frauen benachteiligen und echter Gleichberechtigung im Weg stehen. Doch nur wenn Frauen nicht mehr strukturell benachteiligt sind, können Familien wirklich frei entscheiden, wie sie leben wollen. Deshalb müssen wir das Ehegattensplitting abschaffen und Berufe, in denen viele Frauen arbeiten, besser bezahlen. Es braucht ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, damit alle für die gleiche Arbeit auch das gleiche verdienen. Und Familienplanung muss diesen Namen verdienen: deshalb muss endlich Schluss sein damit, dass Frauen, die ungewollt schwanger sind, ihr Recht auf Selbstbestimmung in teils demütigenden Prozeduren durchsetzen müssen - §218 und 219a müssen deshalb abgeschafft werden. Ich bin der festen Überzeugung: um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir mehr Menschen mit Familienverantwortung und mehr Frauen in Entscheidungsfunktionen. Eine echte Frauenquote für Vorstandsetagen ist dafür ein erster Schritt – kann aber nicht der letzte sein.

Deshalb kandidiere ich für den Bundestag

Vor uns liegen große Herausforderungen, deren Dringlichkeit keinen Aufschub duldet. Wir, Bündnis 90/Die Grünen, sind die einzige Partei, die die Klimakrise seit Jahren mit Nachdruck bekämpft – und die auch die Konzepte hat, mit denen das gelingen kann. Und gleichzeitig sind wir die Partei, die der Spaltung in diesem Land die Vision einer freien, offenen und sozial gerechten Gesellschaft entgegenstellt. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, diese Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb will ich mich im Bundestag für eine CO2-Steuer einsetzen. Ich will für ein gerechteres Steuersystem kämpfen, das Kinder fördert und nicht den Trauschein. Ich will mit einer Kindergrundsicherung allen Kindern einen guten Start ins Leben ermöglichen und ich will für echte Gleichberechtigung von Frauen und von allen Familienformen kämpfen.

Die meisten von Euch kennen mich aus meiner Arbeit als Landesvorsitzende. Ihr wisst, dass ich dabei offen und ehrlich meine Standpunkte vertrete und auch die Dinge anspreche, die weh tun. Nur so können wir notwendige Veränderungen anstoßen. Und nur, wenn wir auch zuhören und die Anliegen der Bürger*innen ernst nehmen, können wir sie gut vertreten. So offen und ehrlich möchte ich auch im Wahlkampf und darüber hinaus mit Bürger*innen sprechen; um ihnen wieder Vertrauen in die Politik zu geben und um sie von unseren bündnisgrünen Inhalten zu überzeugen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr mir dafür Euer Vertrauen gebt!

Herzliche Grüße,
Eure



Über mich:

- geb. 1982 in Frankfurt am Main, seit 2005 in Berlin (erst Steglitz, jetzt lebe ich mit Mann und drei Kindern in Nikolassee)
- 2011-2016 BVV Steglitz-Zehlendorf, ab 2016 Fraktionsvorsitzende
- eigentlich Lehrerin, aber seit Dezember 2016 Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Wenn Ihr Fragen habt, meldet Euch gern unter nina.stahr@gruene-berlin.de

ninastahr.de